# Blätter für deutsche und internationale Politik

Generale appellieren an die KSZE in Madrid

Ulrich Albrecht
Alternativen zur Sicherheitspolitik der Bundesrepublik

Harold Rasch
Die deutschen Staaten und die Sowjetunion

Meindert J.F. Stelling Die Bewegung gegen Atomwaffen in den niederländischen Streitkräften

Gert Meyer Sowjetische Wirtschaftsplanung 1981–85

Bodo Grimm-von Schönberg Zur Entwicklung in Nordirland

Mechtild Jansen und Klaus Pickshaus Das Grundsatzprogramm des DGB

Ulrich Briefs
Mit neuen Technologien in eine neue Gesellschaft?

6'81

Juni 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

# Das Grundsatzprogramm des DGB Antwort auf die Probleme der 80er Jahre?

Von Mechtild Jansen und Klaus Pickshaus

### 1. Zum Verlauf der Programmdiskussion

Die programmatische Orientierungssuche der DGB-Gewerkschaften fand mit dem außerordentlichen DGB-Kongreß im März 1981 einen vorläufigen Höhepunkt.

Ausgangspunkt der Erarbeitung eines Programmentwurfs – als Auftrag des 10. ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1975 in Hamburg – war gewesen, daß "das geltende Grundsatzprogramm im Licht der einschneidenden Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft gründlich überprüft werden" sollte 1).

Zu solchen Veränderungen seit dem Programm von 1963 gehörten unter anderem das offensichtliche Ende einer angeblich krisenfreien "Wirtschaftswundergesellschaft", die Versuche, die Gewerkschaften im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Globalsteuerung einzubinden sowie die Bildung einer SPD-geführten Bundesregierung 1969, auf die sich dann die gewerkschaftlichen Reformhoffnungen richteten. Zweifellos haben die intensiven reformund gesellschaftspolitischen Diskussionen dieser Zeit wichtige Impulse für die Neufassung eines Grundsatzprogramms gegeben.

Daß eine solche Neufassung bis zum 11. o. DGB-Kongress 1978 nicht vorgelegt werden konnte, ist selbst ein Ausdruck der seit der Krise 1974/75 für die Gewerkschaften widersprüchlichen und schwierigen Situation. Der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter begründete dies damit, "daß die Beschäftigung mit so schwerwiegenden Fragen wie der Weltwirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit, den Finanzierungsschwierigkeiten der sozialen Sicherheit und den Angriffen auf die Gewerkschaftsbewegung insgesamt unseren Organen zu wenig Zeit gelassen hat, um dem Bundeskongreß einen ausgereiften Entwurf einer Überarbeitung unseres geltenden Programms vorzulegen"<sup>2</sup>). Schon die Tatsache, daß bis zur endgültigen Verabschiedung eines Entwurfes für die Diskussion im Oktober 1979 insgesamt 13 teilweise alternative Vorentwürfe durch die DGB-Organe beraten wurden, weist auf die großen Divergenzen bei der For-

<sup>1)</sup> Volker Jung, Die Struktur des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm, in: "Gewerkschaftliche Monatshefte", 1/1980, S. 15.

<sup>2)</sup> H.O. Vetter, 11. o. Bundeskongreß des DGB, Protokoll vom 22. Mai 1978, S. 39. Vgl. hierzu auch die Darstellung von Frank Deppe und die zahlreichen Dokumente der programmatischen Diskussion der 70er Jahre in: IMSF (Hrsg.), DGB wohin? Dokumente zur Programmdiskussion. Eingeleitet und kommentiert von Frank Deppe, Frankfurt/M. 1980.

mulierung einer einheitlichen programmatischen Orientierung aller DGB-Gewerkschaften für die 80er und 90er Jahre hin.

Der Verlauf der etwa einjährigen Mitgliederdiskussion (Antragsschluß war Ende 1980) hat die Ankündigung H.O. Vetters, das Programm "in den Gewerkschaften bis unten, bis in die letzten Einheiten" zu diskutieren, um ihm "eine neue Qualität, einen neuen politischen Anspruch" zu geben, nicht bestätigt³). Zwar liegt die dem a.o. Bundeskongreß 1981 vorgelegte Zahl an Abänderungsanträgen mit 511 fast doppelt so hoch wie beim alten Programm 1963 mit 262 Anträgen (antragsberechtigt sind nur Vorstände der Einzelgewerkschaften, DGB-Landesbezirke und Personengruppenausschüsse), dennoch verbirgt sich dahinter eine höchst unterschiedliche Intensität der Diskussion in den jeweiligen Einzelgewerkschaften.

Als ein allerdings nicht in allen Fällen gültiger empirischer Indikator dafür können die schon an die Gewerkschaftstage 1980 gerichteten Anträge zum Grundsatzprogramm gelten<sup>4</sup>). Dabei rangiert die GEW mit 176 Anträgen an der Spitze, gefolgt von der Postgewerkschaft mit 138, der HBV mit 137, der IG Metall mit 50 und der IG Druck und Papier mit 26 Anträgen. An den DGB-Kongreß selbst richtete die ÖTV 77 Anträge, die GEW 39, die IG Metall 33, die Gewerkschaft Textil-Bekleidung zusammen mit der NGG 22 Anträge. Die IG Chemie, deren Gewerkschaftstag 4 Anträge zum Programm an den Vorstand überwiesen hatte, leitete als einzige große Gewerkschaft "wegen Unerheblichkeit" keinen Antrag an den DGB-Kongreß weiter. Eine wirklich intensive Diskussion auf den verschiedenen Ebenen (einschließlich der gewerkschaftlichen Presse) fand nur in wenigen Bereichen statt; zu diesen zählt neben einigen genannten Organisationen auch die Gewerkschaft Holz und Kunststoff.

Die inhaltliche Tendenz der Mehrheit der Anträge war neben vielen Einzelverbesserungen auf eindeutigere, an einer autonomen Politik orientierte Aussagen ausgerichtet<sup>5</sup>). Dies war sicherlich auch der Grund, warum kurz vor Beginn des Kongresses ein publizistisches Trommelfeuer, offene Briefe der CDU und Stellungnahmen der Unternehmerverbände an den DGB gerichtet wurden, in denen nicht nur das Schreckbild einer "kommunistischen Unterwanderung'' erneut bemüht, sondern auch Bekenntnisse zur "sozialen Marktwirtschaft" und zum "Gemeinwohl" abverlangt wurden.

Insgesamt verdichtete sich der Eindruck, daß insbesondere von den Führungen derjenigen Gewerkschaften, in denen eine intensive Programmdiskussion nicht gefördert worden war, hinter den Kulissen oder in Verlautbarungen der bürgerlichen Presse umso eifriger der Ablauf der Diskussion auf dem

<sup>3)</sup> H.O. Vetter, Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des DGB, Köln 1977, S. 70.

<sup>4)</sup> In einigen Fällen wurden Anträge nur an den Vorstand der Gewerkschaft (so bei der ÖTV) oder an den Gewerkschaftstag und den Vorstand (so bei der IG Metall) gerichtet. Übersichten über die bei den Vorständen eingegangenen Anträge sind nicht bekannt.

<sup>5)</sup> Vgl. hierzu die laufende Berichterstattung der gewerkschaftspolitischen Zeitschrift "Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik'', die als einzige Zeitschrift ausführlich Anträge aus verschiedenen Gewerkschaften in dieser Periode dokumentiert hat.

<sup>6)</sup> Entfällt.

Bundeskongreß abgesteckt wurde. Dies bestätigte der IG Chemie-Vorsitzende Karl Hauenschild nach Verabschiedung des Programms in einem "Handelsblatt"-Interview: "Ohne die IG Chemie selbst loben zu wollen, bilde ich mir ein, daß das, was wir in diesem Vorfeld in Gang gesetzt haben, dazu geführt hat, daß manche anders gerichteten Positionen hier entweder gar nicht oder nur sehr verhalten vertreten wurden."7)

## 2. Zum Kongreß und zur Einschätzung des neuen Programms

Trotz der sehr unterschiedlichen Intensität der Programmdiskussion und vielfältigen Versuche bereits unmittelbar nach dem DGB-Kongreß<sup>8</sup>), die beschlossenen programmatischen Ziele als irrelevant für die Gewerkschaftspraxis zu bezeichnen, darf der Stellenwert des DGB-Grundsatzprogramms als politischer Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre nicht unterschätzt werden. Aus der Sicht des Kapitals wird dies im BDA-Organ "der arbeitgeber" betont: "Über eine quantité négligeable wäre im DGB nicht jahrelang und grundlegend gestritten worden. . . . Es ist deshalb schon wichtig, welche philosophischen, gesellschaftstheoretischen und politischen Richtungen und Ideologen letztlich zum Tragen kommen. Forderungen, die im Grundsatzprogramm stehen, werden außerdem in die nachgeordneten Programme übernommen und gewinnen so tatsächliche Relevanz."9)

Auch wenn bei der Erarbeitung der Programmatik einer Einheitsgewerkschaft zweifellos politische Einflüsse, d.h. auch Einwirkungen der parteipolitischen Konstellation relevant sind, soll ein Vergleich mit parteipolitischen Programmen, vor allem mit dem "Orientierungsrahmen '85" der SPD, als Maßstab der Bewertung des Grundsatzprogramms hier ausgeklammert bleiben. Zu oft wird bei solchen Vergleichen auch die Spezifik gewerkschaftlicher Politikbestimmung vernachlässigt, die trotz etwa der sozialdemokratischen Dominanz in den DGB-Gewerkschaften zu einer eigenen Ausformung gewerkschaftspolitischer Positionen und Strömungen führt, die nicht einfach ein passives Abbild der Strömungen in der SPD oder des parteipolitischen Spektrums darstellen 10).

Zu fragen ist allerdings, welchen Anteil die unterschiedlichen gewerkschaftspolitischen Strömungen – also in erster Linie die integrationistische, sozialpartnerschaftliche Richtung und die an einer autonomen, die Gewerkschaften als Kampforganisation begreifenden Politik orientierten Kräfte – am neuen Grundsatzprogramm und auf dem Bundeskongreß des DGB genommen haben. Ferner ist zu beantworten, inwieweit angesichts der durch die Krisen-

<sup>7) &</sup>quot;Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

<sup>8)</sup> Das neue Grundsatzprogramm ist veröffentlicht in: "Die Quelle", 4/1981 und "Nachrichten", 4/1981.

<sup>9) &</sup>quot;der arbeitgeber", 6/1981, S. 252.

<sup>10)</sup> Dies berücksichtigen G. Brosius und H. Mattfeldt zu wenig in ihrer fundierten kritischen Analyse des Programmentwurfs. Vgl. dies., Wirtschaftspolitik im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms, in: "Das Argument", 125/1981. Zu dieser Problematik generell vgl. G. Hautsch/K. Pickshaus, Klassenautonomie und Einheitsgewerkschaft. Zur gewerkschaftlichen Klassenpolitik heute, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 3, Frankfurt/M. 1980, S. 108ff.

entwicklung neuen und höheren Anforderungen eine gemeinsame, auf die Stärkung der Einheitsgewerkschaft gerichtete Stoßrichtung formuliert werden konnte. Diesen Problemen soll anhand einiger thematischer Fragestellungen bei der Beurteilung des Programms und der Kongreßdiskussion nachgegangen werden.

## 2.1. Klarheit in der strategischen Orientierung?

Die Orientierung auf das "Recht auf Arbeit", die Betonung des Vorrangs der Vollbeschäftigung und der Beschäftigungssicherung im wirtschaftspolitischen Teil, die Forderungen zum Schutz der Arbeitskraft vor Dequalifizierung und Entwertung u.a.m. zeigen, daß die Erfahrungen der vergangenen Krisenjahre und die Erkenntnis bevorstehender sozialer Probleme (ebenso bei Umweltschutz, der Wohnungsversorgung und der Sozialpolitik) im Programm verarbeitet worden sind. Das neue Programm enthält, wie die umfangreichen Forderungsabschnitte belegen, viele Elemente einer autonomen gewerkschaftlichen Strategie gegen die Krisenpolitik des Kapitals in den 80er Jahren; es entwirft diese Strategie selbst aber noch nicht. Dazu wäre es notwendig gewesen, die Krisenprozesse selbst und ihren Zusammenhang mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu analysieren, auf diesem Hintergrund die Strategie des Kapitals und der konservativen Kräfte zu untersuchen und daraus Aufgabenstellungen für die Gewerkschaftsbewegung abzuleiten. Es fehlt ebenfalls eine Verarbeitung der Erfahrungen mit der seit über 10 Jahren SPD-geführten Bundesregierung, die die Illusion einer automatischen Umsetzung gewerkschaftlicher Forderungen im staatlichen Raum vermeidet. Am stärksten sichtbar waren die Orientierungsdefizite in den Ausführungen des DGB-Vorsitzenden Vetter auf dem Kongreß, der damit – im Gegensatz allerdings zu einigen Diskussionsrednern – hinter der klaren Orientierung auf die "eigene Kraft" und den "Ausbau der autonomen Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften" auf dem letzten ordentlichen DGB-Kongreß 1978 zurückfiel.

## 2.2. Das Profil des neuen Programms in der Traditionslinie des DGB

Am Anspruch und Ziel der "Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft" wird im neuen Programm ähnlich wie 1963 festgehalten. Als Hauptweg wird "die Ausweitung der Mitbestimmung" angegeben. Die Forderung nach "Überführung von Schlüsselindustrien und markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum" erscheint erst am Ende eines langen Katalogs von Maßnahmen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht, sozusagen als letzte Möglichkeit, wenn alle anderen Mittel (wie Bankenreform, Stärkung des Wettbewerbs etc.) versagt haben. Die Widersprüchlichkeit der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen kommt u.a. in der gleichzeitigen Orientierung auf mehr Markt bzw. Wettbewerb wie auch auf mehr staatliche Lenkung und Steuerung zum Ausdruck.

"Bei der Gretchenfrage 'wie hälst Du es mit der Wirtschaftsordnung?' bleibt also auch das neue Programm im Schwebezustand zwischen Ablehnung und

Zustimmung", resümiert Detlef Hensche <sup>11</sup>). Das neue Grundsatzprogramm enthalte eben Elemente beider Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung, derjenigen, die die gegebene Wirtschaftsordnung mit einzelnen Korrekturen akzeptiert und jener, die sich eher von grundsätzlicher Kritik an der bestehenden Ordnung leiten läßt. In der programmatischen Tradition des DGB sieht Hensche folgende Etappen: "Das erste Programm, aus dem Jahre 1949, bestand noch auf einer grundlegenden Neuordnung der Wirtschaft, und zwar durch Mitbestimmung, Wirtschaftsplanung und Sozialisierung. Das zweite Programm, von 1963, lag dagegen in der Mitte: zwischen der Hinnahme der bestehenden Wirtschaftsordnung und der Forderung nach Umgestaltung. Und das neue Programm? Es trägt in gleicher Weise Kompromißcharakter." <sup>12</sup>)

Während allerdings 1963 die integrationistische Strömung um Georg Leber vor dem Hintergrund noch ungebrochener "Wirtschaftswunder"-Illusion deutlich in der Offensive war, konnten sich 1981 die offen sozialpartnerschaftlichen Kräfte mit ihren Vorstößen zur Abschwächung der Interessengegensatzbestimmung, einer eindeutigen "Gemeinwohl"-Festlegung und einer Abschwächung der Vergesellschaftungsforderung nicht durchsetzen. Die FAZ meinte bedauernd: "Georg Leber, der große Gegenspieler Otto Brenners bei der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms vor 18 Jahren, hat keinen Nachfolger gefunden."<sup>12</sup>) Im Zentralorgan der BDA wird eingeschätzt: "Das DGB-Programm von 1981 hat die im Programm von 1963 vorgenommene Öffnung für marktwirtschaftliche Positionen nicht weitergeführt. Es bietet insgesamt den "Linken" mehr direkte Identifikationsmöglichkeiten; die "Rechten" müssen sich stärker mit Interpretationen helfen."<sup>14</sup>)

Eine gewisse Aufwertung gegenüber dem alten Programm enthält die Forderung nach Vergesellschaftung durch den Verweis auf Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes schon in der Präambel und durch die gegen den Widerstand der IG Bau-Steine-Erden aufgenommene Forderung, nicht nur zuwachsendes, sondern auch bestehendes Produktivvermögen umzuverteilen. Offenbar ist diese Akzentuierung auch eine Auswirkung von Desillusionierungsprozessen angesichts der Unvermeidbarkeit von Krisen in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Entgegen der Auffassung des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild, der schon unmittelbar nach dem Kongreß dieser Programmaussage jede Relevanz absprach 15), kann die Orientierung auf "Überführung in Gemeineigentum" in Konflikten durchaus eine aktuelle Brisanz bekommen und damit zumindest zum politischen Druckmittel werden. Dies demonstriert z.B. die entsprechende Forderung der Vertrauensleutevollversammlung der Hoesch-Westfalenhütte angesichts der Arbeitsplatzvernichtungspolitik des Estel-Hoesch-Konzerns.

<sup>11) &</sup>quot;druck und papier", 6/1981.

<sup>12)</sup> Ebd.

<sup>13) &</sup>quot;Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 16. 3. 1981.

<sup>14) &</sup>quot;der arbeitgeber", 6/1981, S. 252.

<sup>15) &</sup>quot;Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

# 2.3. Das Verhältnis zu einem autonomen Gewerkschaftsverständnis

Das Verständnis von Gewerkschaften als autonome "Kampforganisation mit Schutz- und Gestaltungsfunktionen, das sich nicht nur auf die Unabhängigkeit "gegenüber Regierungen, Parteien, Kirchen und Unternehmen" bezieht, sondern prinzipiell aus dem Interessen- und Machtgegensatz zwischen Kapital und Arbeit ableitet, ist gegenüber dem alten Programm ebenfalls konkretisiert worden. Versuche der offen sozialpartnerschaftlichen Richtung – so von Vertretern der Gewerkschaft Textil-Bekleidung auf dem Kongreß –, die Bestimmung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit in der Präambel abzuschwächen, wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Vielmehr konnte die IG Metall zusammen mit Delegierten anderer Gewerkschaften auch gegen das Votum der Antragskommission gesellschaftskritische Aussagen eher noch betonen. So wurde die Aussage wieder aufgenommen: "Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt."

Die Bindung der Gewerkschaften an ein nebulöses "Gesamtwohl" wurde zum Teil gestrichen und an anderer Stelle in dem Sinne der gewerkschaftlichen Vertretung der Interessen der Arbeiter und Angestellten interpretiert. Die Wahrnehmung auch politischer Aufgaben wurde durch die Ausweitung und Präzisierung des Abschnitts zu Frieden und Abrüstung in der Präambel des Programms unterstrichen. Gleichwohl war man nicht bereit, eine Funktionsbestimmung der Gewerkschaften nicht nur als "soziale und gesellschaftliche", sondern auch als "politische Bewegung" vorzunehmen, wie dies u.a. die GEW gefordert und H.O. Vetter auf dem 3. a.o. DGB-Kongreß 1971 noch definiert hatte. Dahinter verbirgt sich – so auch bei der Begründung auf dem Kongreß – ein Zurückweichen vor dem Vorwurf der Unternehmer und konservativen Ideologen, die Gewerkschaften entwickelten "Allmachts- und Allzuständigkeitsansprüche" und stellten eine "Ersatzpartei" dar 16).

Trotz einzelner Präzisierungen einer autonomen Gewerkschaftspolitik durch den Kongreß kann von einer durchgängigen und widerspruchsfreien Absage an eine Sozialpartnerschaftspolitik durch das neue Programm nicht gesprochen werden. Den ausgeführten Bestimmungen steht nach wie vor das sozialpartnerschaftliche Vertrauen auf den "demokratischen Staat" und die Orientierung auf die "Gleichberechtigung der Arbeitnehmer" und Zusammenarbeit "mit allen Gruppen unseres Volkes" (also auch den Unternehmern) unverbunden gegenüber. Auch darin erweist sich der Kompromißcharakter des neuen Grundsatzprogramms.

## Die Debatte zur Einheitsgewerkschaft

Im Gegensatz zu den sonstigen positiven Veränderungen des DGB-Grundsatzprogrammes wurde auf dem DGB-Kongreß für die Einheitsgewerkschaft

<sup>16)</sup> Zu diesen konservativen und reaktionären Ideologien vgl. F.Deppe/D.Hensche/M.Jansen/W.Roßmann, Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980.

ein gegenüber dem alten Programm einengendes Verständnis festgeschrieben. Der um dieses Problem geführten Debatte soll an dieser Stelle eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, da sie für die Programmdiskussion insgesamt eine Art Rahmen bildet und für das gewerkschaftliche Selbstverständnis eine wichtige Rolle spielt.

Die von CDU, CSU und Unternehmerverbände entfachte Kampagne 17) um eine angebliche "kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften zielte nicht zuletzt auch auf die Programmdiskussion innerhalb des DGB. So ist es nicht erstaunlich, wenn es unmittelbar vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß zu einem neuen Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung kam.

Die bürgerliche Presse bemühte sich um frühzeitige Einstimmung auf die ihrer Ansicht nach notwendige Abgrenzung nach links. Die "Welt am Sonntag" prangerte die "Brigade Honecker im DGB" 18) an; die FAZ verlangte, "Vetter und seinen Vorstandskollegen wird nichts anderes übrig bleiben, als auch an dieser Front zu kämpfen''19); der CSU-Generalsekretär forderte "die lückenlose Abgrenzung gegenüber allen kommunistischen Kräften'' 20).

Nachdem in einigen Einzelgewerkschaften ebenso wie an der gewerkschaftlichen Basis derartige Spaltungsversuche entschiedener als erwartet zurückgewiesen worden waren, bedienten sich die bürgerlichen Medien zunehmend "linker" Kronzeugen, um fortgesetzt die "kommunistische Unterwanderung" der Gewerkschaften behaupten zu können. Eine besonders unrühmliche Rolle spielte hierbei die Schrift "Der Marsch der DKP durch die Institutionen", welches ohne weiteres aus der Küche McCarthy's hätte stammen können<sup>21</sup>). Eine Reihe sozialdemokratischer Gewerkschafter war offensichtlich der Aufforderung Herbert Wehners gefolgt, der auf einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) "mehr Flagge zeigen in der Auseinandersetzung mit der DKP" verlangt hatte 22).

Neben dem DGB-Bundesvorstand und der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) waren es vor allem Karl Hauenschild und Hermann Rappe vom Vorstand der IG Chemie, die mit Vehemenz die umstrittenen Formulierungen im Entwurf der Präambel festzuschreiben versuchten.

Der Entwurf für die Präambel hob als historische Wurzeln der Einheitsgewerkschaft besonders "freiheitlich-sozialistische und christlich-soziale Rich-

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu: Industriegewerkschaft Metall, F.J.Strauß und die Einheitsgewerkschaft, Spalte und herrsche, Frankfurt/M. 1980; Deppe/Hensche/Roßmann/Jansen, Strauß und die Gewerkschaften, Köln 1980; D.Hensche, Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung, in: "Gewerkschaftliche Monatshefte", 8/1979.

<sup>18)</sup> Zit. nach "Die Neue" v. 18. 2. 1981.

<sup>19)</sup> FAZ v. 3. 3. 1981.

<sup>20)</sup> Zit. nach "Unsere Zeit" (UZ) v. 10. 3. 1981. 21) Flechtheim/Rudzio/Vilmar/Wilke, Der Marsch der DKP durch die Institutionen, Frankfurt/M. 1980. In diesem Buch fehlt nicht einmal die Aufforderung zur Anwendung der "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" auf der DKP. Die DKP hat sich zwischenzeitlich selbst zu den Vorwürfen dieses Buches geäußert: Herbert Mies, DKP und

<sup>22) &</sup>quot;Frankfurter Rundschau" (FR) v. 11. 3. 1981; Westdeutsche Fernsehen, DGB – Wohin?, Sendung v. 16. 3. 1981.

tungen" hervor. Er verzichtete auf die bisher im Grundsatzprogramm verankerte Verpflichtung zur Toleranz und erklärte "weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft (für) unvereinbar."

Insbesondere die Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherung (HBV), Holz und Kunststoff (GHK), die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die IG Druck und Papier stellten hierzu Änderungsanträge, die auf die Hervorhebung einzelner Strömungen der Arbeiterbewegung verzichten, sich gegen eine Einengung der Einheitsgewerkschaft aussprachen und stattdessen die Gemeinsamkeiten über parteipolitische und weltanschauliche Grenzen hinweg betont haben wollten. Die IG Druck und Papier beantragte zusätzlich, die "Mißbrauchsklausel" vor Mißbrauch zu schützen und sie an Beschlüsse und Satzung des DGB zu binden.

Eine große Anzahl von Anträgen forderte die Wiederaufnahme des Toleranzangebotes; eine Forderung, in der weitestgehende Einigkeit bestand und die auch mit Nachdruck von den CDU-Mitglieder in den Gewerkschaften gestellt worden war. Der Entwurf der Antragskommission berücksichtigte bereits diese Vorstellungen, die dann auch einstimmig vom Kongreß angenommen wurden. Während die Wiederaufnahme der Verpflichtung zur Toleranz und der Bezug auf die antifaschistischen Wurzeln eine wichtige Verbesserung des Grundsatzprogrammes bedeutet, kann dies für die übrigen verabschiedeten Passagen zur Einheitsgewerkschaft nicht gesagt werden.

Als prägend haben sich dabei die scharfen Attacken einiger führender sozialdemokratischer Gewerkschafter, die verschärften Abgrenzungen des DGB-Vorsitzenden Vetter gegenüber Kommunisten und die Tatsache erwiesen, daß es gelingen konnte, den IG Metall-Vorsitzenden Loderer in diese Abgrenzungspolitik einzubeziehen <sup>23</sup>).

Die Abänderungsanträge waren auf dem Kongreß nur noch Gegenstand mehr oder weniger defensiver Erklärungen, sie wurden zurückgezogen zugunsten einer Zustimmung zu den Kompromißformulierungen der Antragskommission. Das "Handelsblatt" vermerkt hierzu: "Die erwartete Kommunismusdebatte fand auf dem DGB-Kongreß. .. nicht statt. . . . Wenn sie (die Abänderungsanträge, d.Verf.) zurückgezogen wurden, dann deshalb, weil Gewerkschaftsführer wie Vetter, Loderer und Hauenschild in dieser Frage ihre Flagge gezeigt hatten."<sup>24</sup>)

Es waren die folgenden Hauptargumente, die in unterschiedlicher Akzentuierung immer wieder vorgetragen wurden und die, ebenso wie manche dabei eingeschlagene Vorgehensweise, als fragwürdig angesehen werden müssen:

– Den Kommunisten wurde ihr Verhalten in der Geschichte vorgeworfen, das

24) "Handelsblatt" v. 16. 3. 1981.

<sup>23)</sup> Vgl. "Handelsblatt" v. 13./14. 3. 1981. Noch auf der Bundeskonferenz der Jugend der IG Metall im vergangenen Jahr hatte Loderer die Kampagne zur "Unterwanderung der Gewerkschaften" als Produkt aus der "Giftküche des politischen Gegners" bezeichnet.

sie als "Gewerkschaftszerstörer"<sup>25</sup>) ausweise. Als Beispiele wurden die Fraktionsarbeit vor 1929, die RGO-Politik ab 1929, angebliche Unterwanderungsversuche der 50er Jahre, die "These 37" aus dem Jahr 1951, die Gründung des FDGB unter Führung der SED u.a.m. angeführt. Stets wurde dabei das kritische Verhältnis der DKP zur eigenen Geschichte ebenso unterschlagen wie die Frage nach Ursachen und Wirkungen einer bestimmten unbestrittenermaßen falschen Politik der Kommunistischen Partei. Die Rolle der Gewerkschaften und des ADGB selbst wurden zugleich keiner Kritik unterzogen <sup>26</sup>).

- H.O. Vetter konstatierte zwar, "wir stehen in der Schuld derer, die für die gewerkschaftliche Idee in Widerstand oder Emigration ihr Leben gelassen haben – seien sie bekannte Politiker oder einfache Arbeitnehmer gewesen, seien sie Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten oder Parteilose gewesen", doch einen Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft bestreitet er. Wahrheit ist jedoch, daß schon in der Emigration Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsame Gewerkschaftsgruppen bildeten und sich für Einheitsgewerkschaften nach Zerschlagung des Hitlerfaschismus aussprachen. Im Manifest von Buchenwald fordern Sozialdemokraten, Kommunisten und Christen gemeinsam die Einheitsgewerkschaft. Nach dem Krieg beteiligten sich viele Kommunisten am Wiederaufbau vereinigter Gewerkschaften<sup>27</sup>).

In einer (an den Ansprüchen innergewerkschaftlicher Demokratie gemessen) ungewöhnlichen "Entscheidungshilfe" des DGB-Bundesvorstandes – einem Geheimpapier, das bestimmte politische Positionen absichern helfen sollte und an einen ausgewählten Kreis von Vorstandsmitgliedern der Einzelgewerkschaften versandt worden war – heißt es, die Erfahrungen in der Zeit des Faschismus seien zwar von Bedeutung gewesen für die Einheitsgewerkschaft, doch allein genommen würde dies "die historische Wahrheit verkürzen". "Dies zu betonen ist wichtig, weil mit diesen Anträgen (Änderungsanträgen zur Präambel, d. Verf.) ja offensichtlich die Absicht verfolgt wird, den Antifaschismus, der bis heute der bevorzugte ideologische Kitt für die Einheitsfront-

<sup>25)</sup> Hermann Rappe, in: "Sozialdemokratischer Pressdienst" v. 25. 2. 1981.

<sup>26)</sup> H.O. Vetter beispielsweise behauptete in seinem einleitenden Referat: "Die Kommunisten blieben abseits, als am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften begannen. Sie erfanden den Popanz der "sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie", um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen." Es ist kein Wunder, daß die Kommunisten "abseits" blieben, nachdem sie einerseits zu diesem Zeitpunkt massenhaft aus der Gewerkschaft ausgeschlossen waren und andererseits die antikommunistische, auf den Klassenfrieden angelegte Stoßrichtung der gemeinsamen Spitzengespräche zwischen Hirsch-Dunkerschen, christlichen und freien Gewerkschaften völlig eindeutig war. Die Berufung auf diese "Führerkreis"-Gespräche, die dann nach der faschistischen Machtergreifung zur Anbiederung an die Nazis führten, würde allerdings eine sehr problematische Traditionslinie der Einheitsgewerkschaft konstituieren. Vgl. Gerhard Beier, Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung, in: "Archiv für Sozialgeschichte", XIII (1973), S. 225.

<sup>27)</sup> In einem Interview mit "druck und papier" (12/1979) sagte Willi Bleicher zur Gründung der Einheitsgewerkschaft: "Dies, die Erfahrungen unter dem Faschismus, waren das Motiv, daß wir uns zur Einheitsgewerkschaft bekannten. druck und papier: Unter Einschluß der Kommunisten? Bleicher: Ja, auch gemeinsam mit Kommunisten. Auch die kommunistische Partei sagte ja zur Einheitsgewerkschaft; auch sie war bereit, aus ihren Fehlern der Vergangenheit zu lernen. . . Ich erinnere mich sehr gut, daß bei uns hierzulande die Gewerkschaftsbüros paritätisch besetzt waren. Da war der Sozialdemokrat; da war der Kommunist; da waren Christdemokraten. Man arbeitete zusammen. Man hatte eine einheitliche Grundauffassung."

politik der Kommunisten geblieben ist, zum Ursprung und bestimmenden Merkmal der Einheitsgewerkschaft hochzustilisieren. Dieser Versuch sollte nicht nur deshalb scheitern, weil er den Kommunismus zum konstituierenden Bestandteil der Einheitsgewerkschaft macht, sondern weil er auch keine programmatische Perspektive für die Gewerkschaftspolitik aufzeigt."<sup>28</sup>)

– Hermann Rappe behauptet: "Die Kommunisten haben weder in den deutschen Gewerkschaften noch anderswo das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten respektiert. Kommunisten wollten Gewerkschaften immer nur erobern oder spalten."<sup>29</sup>) Ähnlich heißt es im Grundsatzreferat Vetters, "Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften seit jeher die Autonomie." Es handelt sich hierbei um Unterstellungen, für die man jeden Beweis schuldig blieb. Die programmatischen Aussagen der DKP bieten keine Hinweise für solche Behauptungen<sup>30</sup>). Statt Kommunisten wie jedes andere Gewerkschaftsmitglied an ihren konkreten Aussagen und ihrem konkreten Verhalten zu messen, hielt man ihnen Fehler aus der Vergangenheit vor oder stellte denunziatorische Behauptungen auf.

– Eine ähnlich abstruse Logik trug man hinsichtlich der aktuellen Politik der DKP-Mitglieder innerhalb der Gewerkschaften vor. Im Unterschied zu Mitgliedern anderer Parteien, die aus eigener Erkenntnis und eigenem Entschluß handelten, sind DKP-Mitglieder nur Befehlsempfänger ihrer Parteispitze und die "tut und denkt das, was die KP der UdSSR will"<sup>31</sup>). Kommunisten würden sich zwar gewerkschaftlichen Forderungen anschließen, damit aber völlig andere Ziele verfolgen. Bei der Arbeitszeitverkürzung z.B. gehe es den Gewerkschaften um eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder, für Kommunisten sei der Kampf (auch der Streik) ein "Wert an sich", ein Mittel zum "Zweck der Systemauseinandersetzung"<sup>32</sup>).

Man unterstellt irgendwelche Geheimziele und bestreitet, daß der kommunistische Arbeiter und Angestellte die gleichen Interessen wie seine Kollegen hat und sich gemeinsam mit ihnen für diese einsetzt.

– Derartige Behauptungen müssen dafür herhalten, Mitglieder 2. Klasse zu konstituieren. Karl Hauenschild bekennt dies offen: "Natürlich sind die allermeisten KP-Funktionäre Arbeitnehmer. Aber sie sind andere Arbeitnehmer, als die Mitglieder und Anhänger demokratischer Parteien." Ohne Zwei-

<sup>28) &</sup>quot;Die Neue" v. 5. 3. 1981.

<sup>29) &</sup>quot;Sozialdemokratischer Pressedienst" v. 25. 2. 1981.

<sup>30), &</sup>quot;Zur Frage der parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften haben wir immer wieder festgestellt, daß wir den DGB als völlig selbständige, unabhängige Organisation achten, in der allein die Mitgliedschaft und die gewählten Gremien zu entscheiden haben. . . . Doch wir verstehen unter gewerkschaftlicher Autonomie nicht nur die Unabhängigkeit von Parteien, Śtaat und Unternehmen, sondern auch – im Vergleich zu früheren historischen Perioden betrachtet – eine Funktionserweiterung der Gewerkschaften, die sich aus den heutigen gesellschaftlichen Strukturen ergibt. In diesem Sinne sind wir Kommunisten dafür, daß die Gewerkschaften eine eigenständige, eine noch größere Rolle als politische Kraft in der Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Gestaltungsfunktion einnehmen – ohne jede Gängelung und Bevormundung durch politische Parteien oder die Regierung." H.Mies, a.a.O., S.15/16.

<sup>31)</sup> Karl Hauenschild, in: "Gewerkschaftliche Umschau", 1/1981.

<sup>32)</sup> H. Rappe, a.a.O.

fel könnten sie auch die Gewerkschaften im Sinne ihrer "abweichenden Auffassungen unterwandern"<sup>33</sup>). Hermann Rappe meinte während der Debatte auf dem Kongreß bedauemd, daß nach der Satzung DKP-Mitglieder Mitglieder der Gewerkschaft sein könnten, daß man aber keinen Grund habe, sie zur Mitarbeit "einzuladen" oder sie gar in Funktionen zu wählen.

Die "Entscheidungshilfe" des DGB-Bundesvorstandes gibt sogar offen zu, daß es die "nicht unberechtigte Befürchtung" gibt, der theoretische und praktische Ansatz der Kommunisten solle ausgegrenzt werden <sup>34</sup>).

– Daß es sich bei dieser Auseinandersetzung im Grunde um eine Auseinandersetzung über die grundsätzliche Orientierung der Gewerkschaftspolitik handelt – nämlich um die Frage, ob für die Zukunft der sozialpartnerschaftliche Kurs fortgesetzt oder der Weg eigenständiger kämpferischer Interessenvertretung eingeschlagen werden soll – wurde nicht verschwiegen:

Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, unterstreicht, die politische Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit sei die "parlamentarische Demokratie und der freiheitliche soziale Rechtsstaat". Dies bedeute eine Absage "an alle politische *Theorien und Parteien*, die unsere Gesellschaft aus einem zu engen Blickwinkel oder einer einzigen Interessenlage heraus gestalten wollen." Hermann Rappe wirft den Kommunisten vor, mit ihrer Politik die Gewerkschaftsmitglieder "bewußtseinsmäßig von diesem System lösen zu wollen" <sup>36</sup>). Es ist also allzu offensichtlich, daß es um die Festschreibung sozialpartnerschaftlicher Politik und um die Flankendeckung für sozialliberale Regierungspolitik geht.

– So verwundert es auch nicht, daß es allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz keineswegs allein um die Mitglieder der DKP geht. Eugen Loderer tat sich am Rande des a.o. DGB-Kongresses mit der Aussage hervor: "Schlimmer als eingetragene DKP-Mitglieder sind die "Panzerschrankkommunisten", die Mitglieder demokratischer Parteien sind, in Wirklichkeit aber kommunistische Ziele verfolgen."<sup>37</sup>) Karl Hauenschild warnt vor den politischen Absichten der "Kommunisten mit und ohne Parteibuch"<sup>38</sup>). Als "kommunistisch" soll hier jeder abgestempelt werden, der sich angesichts der Konfrontationspolitik der Unternehmer und der verschärften Abwälzung von Krisenlasten für eine eigenständige Politik der Gewerkschaften einsetzt.

– Das Pendant hierzu findet sich in der Behauptung, die Kommunisten hätten in den Gewerkschaften einen Einfluß, der nicht ihrer "zahlenmäßigen Stärke" entspreche<sup>39</sup>) und der Forderung nach "angemessener Berücksichtigung von

<sup>33)</sup> Hauenschild, a.a.O.

<sup>34) &</sup>quot;Die Neue" v. 5. 3. 1981. "Die Welt" v. 18. 2. 1981 weiß zu melden, daß Vetter allerdings keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse möchte; diese "Drecksarbeit" will er den Parteien überlassen.

<sup>35) &</sup>quot;Neue Gesellschaft", 3/1981.

<sup>36) &</sup>quot;Frankfurter Rundschau" (FR) v. 7. 3. 1981. 37) "Handelsblatt" v. 13./14. 3. 1981.

<sup>38)</sup> Hauenschild, a.a.O.

<sup>39)</sup> Ebd.

Minderheiten"<sup>40</sup>), womit Günter Döding einen besseren Umgang mit den CDU/CSU-Kollegen empfiehlt. Es ist der Versuch, in den Gewerkschaften ein sozialdemokratisch-christdemokratisches Proporzverständnis—entsprechend der Kräfteverhältnisse in den Parlamenten—bei gleichzeitiger Abschottung nach links einzuführen.

Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft vor und auf dem a.o. DGB-Kongreß erweist sich damit als Bestandteil der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung um die Grundorientierung gewerkschaftlicher Politik angesichts der fortgesetzten und sich verschärfenden Krise in den 80er Jahren.

Da die Überlebenschancen der sozialliberalen Regierung auf längere Sicht ohne die Einbindung der Gewerkschaften sinken – liegt doch gerade in ihrer Integrationskraft gegenüber der Arbeiterbewegung ihre Qualität aus der Sicht der Herrschenden – richten sozialdemokratische Gewerkschafter und die Parteiführung der SPD alle ihre Mühe darauf, die in der Vergangenheit enge Bindung der Gewerkschaften an die SPD zu halten bzw. wieder zu verstärken, nachdem die Enttäuschung über den an Unternehmerinteressen orientierten Kurs der Bundesregierung zu einer Desillusionierung und partiellen Distanziertheit vieler Gewerkschafter gegenüber der SPD geführt hatte. Man möchte, daß es so bleibt, wie Friedhelm Farthmann es sieht: Ihrem Geist und ihrer Tendenz nach sind die Einheitsgewerkschaften im Grunde sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften 41). Die "Frankfurter Rundschau" geht soweit zu sagen: "Einige Gewerkschaften kann man heute getrost mit dem Etikett "Kanzlergewerkschaft" versehen."<sup>42</sup>) An anderer Stelle heißt es in dieser Zeitung: ,.... liegt der Schluß nahe, daß es auch bei dieser Frage (der Einheitsgewerkschaft, d. Verf.) doch wohl mehr um eine grundsätzliche politische Klärung über politisches (Wohl-) Verhalten von Gewerkschaften geht."43)

Da jedoch heute Systemabsicherung einen "breiten Konsens" notwendig macht, soll eine Politik der großen Koalition auf die Gewerkschaften selbst ausgeweitet werden. Aus diesem Grunde werden die Rufe nach "proportionaler Vertretung der gewerkschaftlichen Hauptströmungen" lauter.

Wenn es auch positiv zu bewerten ist, daß die Verpflichtung zur Toleranz wieder aufgenommen worden ist und daß durch das Wörtchen "vor allem" andere Strömungen als die "freiheitlich-sozialistische" und "christlich-soziale" nicht ausgeschlossen sind, so handelt es sich bei diesem Satz zur Einheitsgewerkschaft in Verbindung mit der geschaffenen "Mißbrauchsklausel" doch um ein potentielles Abgrenzungsmittel nach links, das – je nach Entwicklung der gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen – auch zu einem Disziplinierungsinstrumentarium ausgeweitet werden könnte.

Unter dem Etikett "Keine Öffnungsklausel für Kommunisten" (Kluncker) wird

<sup>40) &</sup>quot;Neue Gesellschaft", 3/1981.

<sup>41)</sup> FR v. 16. 3. 1981.

<sup>42)</sup> Ebd.

<sup>43)</sup> FR v. 11. 3. 1981.

der Versuch gemacht, jene Strömung innerhalb der Gewerkschaften auszugrenzen, die von einem grundlegend systemkritischen Ansatz ausgeht, sich für eine autonome, an den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten orientierte Politik kämpferischer Interessenvertretung ausspricht und die vor allem bereit ist, für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen alle zur Verfügung stehenden Kampfmittel einzusetzen. Hierin liegt eine nicht zu unterschätzende Gefahr sowohl für die innergewerkschaftliche Demokratie als auch generell für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit.

Dieser Kurs blieb und bleibt jedoch nicht unwidersprochen. Die Kritiker dieser politischen Orientierung innerhalb der Gewerkschaften haben auch auf dem DGB-Kongreß noch einmal auf die Gefahren hingeweisen. Günter Arndt, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Holz und Kunststoff wandte sich gegen eine rückwärtsgerichtete "Fehler- und Schulddiskussion", gerade bei "verdunkeltem Horizont'' (Vetter) müsse "das Haus der Einheitsgewerkschaft gefestigt werden". Detlef Hensche vom Vorstand der IG Druck und Papier betonte: "Zugrunde liegt der Einheitsgewerkschaft der gemeinsame Kampf um die gleichen Interessen, und der gemeinsame Kampf für die gemeinsamen Interessen ist das einzige, was zählt." Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung sei einer der perfidesten Spaltungsversuche. Und mit Blick auf die innergewerkschaftlichen Diskussionen fügte Hensche hinzu: Meinungsverschiedenheiten müßten in der Sache ausgetragen werden, wenn der "Stil der Denunziation, des Versuchs der politischen Ausgrenzung Schule macht, wenn etwa statt sachbezogener inhaltlicher Debatte in Zukunft Dossiers wechseln, in denen einzelne Funktionäre so ihren Trichinenstempel auf den Hintern gedrückt kriegen, dann ist es aus mit inhaltlicher gewerkschaftlicher Diskussion." Die Einheitsgewerkschaft sei dann "ernsthaft gefährdet", denn im Grunde, richtet sich diese Art von Kampagne gegen die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften und die Reformfähigkeit dieser Gewerkschaften." Allerdings blieben solche Ansichten auf dem a.o. DGB-Kongreß in einer Minder-

Es verwundert nicht, daß bürgerliche Medien und Politiker das Ergebnis des DGB-Kongresses in diesem Punkt begrüßen <sup>47</sup>). Zugleich wird von der realistischen Einschätzung ausgegangen, daß die Auseinandersetzung um diese Frage nicht beendet ist – darin sind sich die unterschiedlichsten Kräfte einig. CSU-Generalsekretär Stoiber bedauert, daß die Abgrenzung in der Praxis noch nicht bei allen "rechts- wie linksextremistischen Gruppen angewendet" <sup>45</sup>) wurde, der "Rheinische Merkur" warnt: "Hensche wird weiter politisch gefährlich bleiben" <sup>46</sup>). Die IG Chemie, Papier, Keramik kommentiert: "Dies (das Problem der "Panzerschrankkommunisten", d. Verf.) allerdings

<sup>44)</sup> Die FAZ (16. 3. 1981) sieht in der "kompromißlosen Abgrenzung gegenüber Kommunisten" die einzige Ausnahme bei sonstiger "Verschwommenheit" des Programms. "Die Welt" (16. 3. 1981) meint: "Vetters Absage an die Kommunisten kam zwar spät, fiel dafür aber erstaunlich deutlich aus. Das ist zu begrüßen." Maria Weber sieht im verabschiedeten Grundsatzprogramm eine "ermutigende Grundlage für die weitere Mitarbeit" der CDU-Mitglieder. (FR v. 28. 3. 1981) Auch "die SPD-Politiker stimmten voll zu" ("Vorwärts" v. 19. 3. 1981). 45) "Welt der Arbeit" (WdA) v. 19. 3. 1981.

<sup>46) &</sup>quot;Rheinischer Merkur" v. 20. 3. 1981.

wurde in Düsseldorf nicht ausdiskutiert. Es steht weiter auf der Tagesordnung."<sup>47</sup>) Peter Riemer von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff widersprach mit dem Hinweis, daß "... das Schreckgespenst von den 'Panzerschrankkommunisten' nur die Kräfte bestärkt, die uns ablehnend gegenüberstehen"<sup>48</sup>).

#### 4. Zur Diskussion und Regie des Kongresses

Die Debatte um die Einheitsgewerkschaft war eine der strittigsten Grundsatzfragen auf dem Kongreß. Unterschiedliche Positionen wurden auch in der Einschätzung der Wirtschaftsordnung und der strategischen Orientierung sichtbar. "Hitzige Wortgefechte beherrschten das Parlament der Arbeit nicht. Auch auf die lang vorausgesagte "Zerreißprobe" mußten die Kritiker verzichten. Geschlossenheit und Solidarität hatten Vorrang. Selbst beim Reizthema "Toleranzklausel" schwappten die Wogen nicht über", kommentiert die "Welt der Arbeit" <sup>49</sup>).

Für die Entwicklung gewerkschaftlicher Positionen – angesichts vieler drükkender und auch neuer Probleme – ist der Verzicht auf eine offene kontroverse Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Strömungen bei aller begrüßenswerten Einheit auch mit Nachteilen verbunden. Viele bestehende Probleme – vor allem die der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen – wurden ausgeklammert oder nicht ausdiskutiert.

Leitung und Delegierte des Kongresses waren auf einen reibungslosen Ablauf ohne Grundsatzdebatten eingestimmt. Der Rahmen der zu findenden Kompromisse war bereits im Vorfeld abgesteckt, die Diskussionsbeiträge auf dem Kongreß beschränkten sich meist auf die Interpretation der Kompromisse seitens der Vertreter unterschiedlicher Positionen, welche es im Protokoll festzuhalten galt.

#### 5. Zur Gesamtbewertung des neuen Grundsatzprogramms

Das neue Programm des DGB als eine "politische Tendenzwende in Theorie und Praxis" <sup>50</sup>) zu bezeichnen, wäre sowohl in positiver wie in negativer Hinsicht verfehlt. Wie hier ausgeführt wurde, ist der Grundkonsens des 63er Programms als Kompromiß der beiden Hauptströmungen der Gewerkschaftsbewegung auch für das neue Programm bestimmend.

Die Vertreter sozialpartnerschaftlicher Positionen sahen ihre Erwartungen hinsichtlich einer stärkeren Akzentuierung ihrer Positionen nicht erfüllt. Die Aussage der "Frankfurter Allgemeine", Georg Leber habe keinen Nachfolger

<sup>47) &</sup>quot;Gewerkschaftliche Post", 4/1981.

<sup>48) &</sup>quot;Holzarbeiter-Zeitung", 4/1981. Die Auseinandersetzung wird zwischenzeitlich bereits fortgeführt. So veröffentlicht die "Einheit" (Zeitung der IG Bergbau und Energie), 5/1981, einen langen Artikel zum Thema "Kommunistische Spaltungen auf dem Wege zur Einheit". Die FAZ meinte am 28. 4. 1981: "Die Arbeit im verborgenen geht weiter – Zeichen für kommunistischen Einfluß im DGB".
49) WdA v. 19. 3. 1981.

<sup>50) &</sup>quot;express", 4/1981.

gefunden, trifft insofern durchaus die Kräftekonstellation auf dem DGB-Kongreß.

Insgesamt wurden durch die Diskussion im Vorfeld und auf dem Kongreß selbst mehr Verbesserungen als Verschlechterungen erreicht. Besonders hervorzuheben ist hier die Aufnahme neuer thematischer Arbeitsbereiche wie die Probleme des Umweltschutzes, die Humanisierung der Arbeit und insbesondere der Kampf für Frieden und Abrüstung, der in der gewerkschaftlichen Diskussion und Arbeit eine qualitativ neue Rolle spielt. Da es sich hier um zentrale Konfliktfelder der 80er Jahre handelt, sind diese Aspekte nicht zu unterschätzen.

Bei allen Widersprüchen im Programm selbst, die hier analysiert wurden, kann das neue DGB-Grundsatzprogramm als eine Grundlage autonomer Gewerkschaftspolitik dienen. Die Realisierung der aufgestellten Forderungen würde sogar ein bedeutender Schritt zur Einschränkung der Macht des Monopolkapitals sein.

Inwieweit jedoch der Kampf um die Realisierung der Forderungen geführt werden wird und welche Rolle dabei sowohl die positiven als auch die problematischen Aspekte des neuen Programms spielen werden, dies wird abhängig sein von der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung, von der Politik des Kapitals und seiner politischen Repräsentanten, von der Entwicklung der in der letzten Zeit spontan gewachsenen demokratischen Bewegung, von den innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen und insbesondere von den Erfahrungen der Gewerkschaften in tarif- und sozialpolitischen Auseinandersetzung um eine neue Offensive in der Entspannungs- und Abrüstungspolitik eine nicht unwesentliche Rolle spielen.

Allerdings liegen im Bereich der Realisierung gewerkschaftlicher Forderungen, in der fehlenden Diskussion und Formulierung von Durchsetzungsstrategien sowie der Sicherung der einheitlichen Stoßkraft der Gewerkschaften die eigentlichen und sehr ernsten Probleme. Insbesondere ist hier die Gefährdung der Einheitsgewerkschaft durch antikommunistische Einengungen und Tendenzen der Einschränkung innergewerkschaftlicher Demokratie, wie sie etwa in der IG Chemie oder in der Postgewerkschaft schon sichtbar sind, zu nennen.

Gefahren für die gewerkschaftliche Handlungskraft liegen ferner darin, daß die Rolle des DGB als orientierender und einigender Kraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu wenig herausgearbeitet worden ist. Gerade in der Frage der nur durch die Gesamtbewegung abzuwehrenden Aussperrung wurde die Inkonsequenz deutlich, die es bei einer Verurteilung der Aussperrung beließ, ohne praktische Schritte zu entwickeln. Es wird Aufgabe des nächsten ordentlichen DGB-Kongresses sein, hier verbindliche Festlegungen zu treffen. In der gegenwärtigen Tarifrunde zeigte sich sehr deutlich der Mangel an koordiniertem Vorgehen der DGB-Gewerkschaften gegen das Lohndiktat der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber.

#### 6. Zur weiteren Perspektive

Letztere Probleme spielen für die Perspektive gewerkschaftlicher Kämpfe eine immer größere Rolle, da die neuen Anforderungen und die geringeren Spielräume für "partnerschaftliche Lösungen" eine größere gewerkschaftliche Gegenmacht voraussetzen, und das ist in erster Linie die Fähigkeit zur Mobilisierung der Mitgliedschaft und zum Arbeitskampf.

Mobilisierung und Politisierung der Mitgliedschaft, Entwicklung ihrer Kampfbereitschaft bis hin zum Streik setzen jedoch voraus, daß die innergewerkschaftliche Demokratie funktioniert und die Einheit der Organisation gewahrt ist und immer wieder gefestigt wird. Der IG Druck-Vorsitzende Leonhard Mahlein betonte auf dem DGB-Kongreß: "Wir müssen uns auf härtere Auseinandersetzungen einstellen. Verhandlungen allein werden nicht mehr ausreichen." Die Einstellung und Vorbereitung auf solche Auseinandersetzungen ist sicher noch unzureichend.

In Zukunft, das zeigen schon die letzten Jahre, ist Sozialpartnerschaftspolitik nur auf noch "schmalerer Basis" möglich, d.h., die ökonomischen und politischen Konzessionsspielräume des Kapitals sind kleiner geworden und werden sich voraussichtlich weiter verringern. Deshalb wird der politisch-ideologische Druck zur Disziplinierung und zum Stillhalten auf die Gewerkschaftsbewegung noch zunehmen.

Die Tarifrunde 1981 zeigt aber auch, daß eine nur partielle Mobilisierung und der Einsatz des Streiks nur als ökonomisches Druckmittel gerade unter Krisenbedingungen nicht ausreichen wird. Solange der gegebene politische Rahmen akzeptiert wird und unter allen Umständen eine Politisierung des Arbeitskampfes und damit auch der zumindest partielle Konflikt mit der Bundesregierung vermieden werden soll, solange bleiben die Gewerkschaften bei der allgemeinen Schwächung ihrer Handlungsbedingungen vom Kapital erpreßbar.

Die Diskussion um "Durchsetzungsstrategien" für die programmatischen Forderungen und Ziele wird sehr wichtig sein. Einige Gewerkschaftstage 1980 haben erste Ansätze entwickelt, die bis zum nächsten ordentlichen DGB-Kongreß fortzuführen wären. Dies gilt auch im Blick auf das DGB-Aktionsprogramm. Im Mittelpunkt dieser Diskussion wird der Kampf gegen die Aussperrung und für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche stehen.